

Antrag

Fraktionen Bündnis 90/ Die
Grünen und SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

24.03.2021 BVV

BVV/040/VIII

**Betreff: Pankower Gastronomie unterstützen: Ausweitung der
gastronomischen Außenflächen unbürokratisch
ermöglichen****Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, Gastronomiebetrieben die Ausweitung ihrer Außenflächen zu ermöglichen. Auf Basis formloser Anträge soll das Bezirksamt dafür umgehend gebührenfreie Genehmigungen für die Sondernutzungen öffentlicher Straßenflächen im Abschnitt vor den jeweiligen gastronomischen Betrieben erteilen. Insbesondere sollen für den ruhenden Verkehr vorgesehene Straßenflächen befristet für die Außengastronomie genutzt werden können.

Dadurch soll einerseits die Einhaltung des vorgeschriebenen Mindestabstandes von 1,50 Metern auf Gehwegen auch unter dem voraussichtlich stark ansteigenden Publikumsverkehr sichergestellt und andererseits den Pankower Gastronomiebetrieben eine klare Perspektive in wirtschaftlich problematischen Zeiten geboten werden.

Die BVV Pankow spricht sich für die folgenden Rahmenvorgaben aus:

1. Einreichung eines formlosen Antrages per E-Mail oder Brief und Genehmigung innerhalb von zwei Wochen.
2. Eigenverantwortliche Durchführung der verkehrsrechtlichen Anordnung inklusive Stellung von Sperren und Schildern durch die Gastronomiebetriebe.
3. Verpflichtung zur Verwendung von Mehrweggeschirr.
4. Sicherstellung ausreichend breiter Gehwegbahnen von mindestens 1,80 m.
5. Befristung der Genehmigungen zunächst bis zum 31. Oktober 2021.

Die BVV Pankow ersucht das Bezirksamt Pankow, umgehend eine Pressemitteilung mit den Erweiterungsmöglichkeiten der Außengastronomie zu veröffentlichen und auch alle weiteren dem Bezirksamt zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Veröffentlichung einzusetzen.

Im Ausschuss für Verkehr und öffentliche Ordnung ist monatlich über die Umsetzung zu berichten. Nach Ende der Genehmigungsfrist ist der BVV

Pankow ein ausführlicher Erfahrungsbericht mit Vorschlägen zur künftigen Durchführung vorzulegen.

Berlin, den 17.03.2021

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und SPD

Bündnis 90/Die Grünen: gez. BV Dr. Cordelia Koch, BV Dr. Oliver Jütting

SPD: gez. BV Roland Schröder, BV Marc Lenkeit

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____	einstimmig
_____	mehrheitlich
_____	Ja-Stimmen
_____	Gegenstimmen
_____	Enthaltungen

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss
für
_____ sowie in den Ausschuss für

federführend

Begründung:

Aufgrund der behördlich angeordneten Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung der Corona-Pandemie sind viele Gastronomiebetriebe in ihrer Existenz bedroht. Für die Sicherung ihrer ökonomischen Existenz sind große Außenbereiche notwendig, um die bereits entstandenen wirtschaftlichen Schäden wenigstens in der Perspektive zu reduzieren und Ersatzmöglichkeiten für die Innengastronomie zu schaffen. Die BVV möchte deshalb den Gastronomiebetrieben in dieser schwierigen Zeit mit einem breiten politischen Konsens helfen und vertraut dabei auch auf die Solidarität der Stadtgesellschaft insgesamt. Deshalb bittet die BVV Pankow, alle Anwohnerinnen und Anwohner um Verständnis und die Gäste um Rücksichtnahme.

Immer noch laufen die Impfungen gegen das Corona-Virus nur langsam an, die Ansteckungsgefahr ist nicht zu unterschätzen. Zugleich gibt es nach über einem Jahr mit Beschränkungen und Lockdowns das Bedürfnis, so etwas wie eine „Normalität“ zu erreichen. Durch erweiterte Außenbereiche der Gastronomie wird den Wünschen der Bürger:innen wie auch der geltenden Regel eines Mindestabstandes von 1,50 Meter entsprochen. Gerade weil davon auszugehen ist, dass kaum jemand in den Innenräumen sitzen möchte, sind die Außenflächen für die Läden existentiell und deren großzügige Ausweisung zwingend erforderlich. Der Grundsatz der Sondernutzungsregelungen, Rettungswege freizuhalten und die Sicherheit von Fußgänger:innen sowie die Barrierefreiheit zu beachten, soll bei der Umsetzung weiterhin Gültigkeit haben.

Städte wie Rostock und Freiburg haben diesen Weg bereits erfolgreich beschritten und unterstützen ihre Gastronomiebetriebe unbürokratisch und schnell. Dabei verzichten sie auf Gebühren. Das Bezirksamt Pankow soll sich deshalb an der unbürokratischen Genehmigungspraxis der Hansestadt Rostock (https://rathaus.rostock.de/sixcms/detail.php?id=318808&_ga=2.153798716.500925923.1614897170-1016560043.1614897170) orientieren und auf diesem Wege die Pankower Gastronomiebetriebe unterstützen.

Mit dem Beschluss sollen Fußgänger:innen geschützt, der Personal- und Kostenaufwand für das Bezirksamt gering gehalten sowie dem Anstieg von Verpackungsmüll durch die erzwungene „ToGo Un-Kultur“ durch die Verwendung von Mehrweggeschirr entgegengewirkt werden.